Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10294**

18. Wahlperiode 08.11.2016

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9960, 18/10244 –

Fortsetzung und Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Krieg in Syrien muss in der Luft und am Boden beendet werden. In einem ersten Schritt muss eine Waffenruhe ohne Vorbedingungen vereinbart werden. Dafür ist die Beteiligung aller Konfliktparteien erforderlich.

Mit Entsetzen verfolgt der Bundestag seit über fünf Jahren den Krieg in und gegen Syrien. In den kriegerischen Auseinandersetzungen wurden Hundertausende Menschen ermordet. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Syrien befindet sich in einer scheinbar unauflösbaren Gewaltspirale. Es muss dringend ein Zurück zu Verhandlungen und zum Dialog geben, die in einen Waffenstillstand münden. Die Einrichtung einer Flugverbotszone widerspräche dem Anliegen, den Krieg zu beenden, da sie im Zweifelsfall militärisch durchgesetzt werden müsste.

Mit aller Kraft und Unterstützung durch die Europäische Union (EU) und die Bundesregierung muss an einer politischen Lösung weitergearbeitet werden. Daran sind die

gewaltfreie, nicht-militärisch agierende Zivilgesellschaft Syriens sowie Vertreterinnen und Vertreter der kurdischen Selbstverwaltungsgebiete zu beteiligen.

Es darf nichts unversucht gelassen werden, um humanitäre Hilfslieferungen zu gewährleisten. Sicherheitsgarantien aller Konfliktseiten für Hilfslieferungen müssen gegenüber den Vereinten Nationen abgegeben werden. Dafür sind das direkte Engagement der USA und Russlands und Absprachen mit der syrischen Regierung unverzichtbar. Die Einrichtung von Korridoren für Zivilisten zum Verlassen der Kampfzone in Ost-Aleppo soll Bestandteil von Vereinbarungen zur humanitären Hilfe sein.

Die von den USA und der EU verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Syrien treffen vor allem die Bevölkerung des Landes und verschärfen die humanitäre Notlage. Sie müssen daher aufgehoben werden.

Deutschland darf schon aus historischen Gründen keine Kriegspartei im Nahen Osten sein. Die Beteiligung am US-geführten Anti-IS-Einsatz ist auch deshalb zu beenden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– auf die USA und Russland einzuwirken mit dem Ziel, eine schnelle Waffenruhe ohne Vorbedingungen zu erreichen;
– darauf zu drängen, dass mit der syrischen Regierung und möglichst vielen weiteren bewaffneten Akteuren Vereinbarungen über Korridore und Hilfskonvois getroffen werden, um die Not leidende syrische Bevölkerung mit Hilfsgütern zu versorgen;
– die Verantwortung der Vereinten Nationen zu unterstreichen und in diesem Sinne auf die Androhung des Einsatzes militärischer Gewalt und die Forderung nach einer Flugverbotszone zu verzichten;
– sich dafür einzusetzen, dass die gewaltfreie syrische Zivilgesellschaft, einschließlich der Vertreter der kurdischen Bevölkerung, an den Verhandlungen über die Zukunft ihres Landes direkt beteiligt wird;
– sich in der EU und gegenüber den USA für die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien, mit Ausnahme des Verbots der Lieferung von militärischen und Dual-Use-Gütern, einzusetzen;
– Waffen- und Rüstungsexporte in die Region des Nahen und Mittleren Osten zu beenden;
– unverzüglich die deutsche Beteiligung am Krieg der US-geführten Allianz in Syrien und Irak zu beenden und die Bundeswehr aus dem Konfliktgebiet abzuziehen.

Berlin, den 8. November 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333